

die Bestimmung über die Erweiterung der Kompetenz der Bergbehörde. Man wird deshalb eine eingehende Prüfung aller Einzelbestimmungen eintreten lassen müssen und darum bitte ich, die Vorlage an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Dr. Ritter (freik.) schließt sich dem Antrage auf Kommissionsberatung an. Die Vorlage ist nur eine Konsequenz der Novelle zur Gewerbeordnung. Die Verhältnisse des Bergbaues sind so eigenartige, daß es einer eingehenden und leidenschaftlichen Beratung der einzelnen Bestimmungen bedürfen wird. Bedauerlich ist es, daß in den Bergarbeiterfamilien sich jene sozialen Schäden vorfinden, unter denen wir jetzt allgemein zu leiden haben. In der Kommission wird uns gerade der Gesichtspunkt beschäftigen müssen, daß die Vorlage mehr zu Gunsten der Arbeiter als der Arbeitgeber geschaffen ist. Die Bergwerksbesitzer müssen bei gutem Willen erhalten werden, daß sie auch in schlechten Zeiten die Arbeiter beschäftigen. Die Bestimmungen über die Aufnahme der Bedingungen für das Arbeitsgebot und die Erweiterung der Kompetenz der Bergbehörden sind zur Zeit für uns unannehmbar.

Abg. Stöbel (Ztr.) begrüßt die Vorlage. Wenn das Gesetz schon früher bestanden hätte, dann wären manche Unzuträglichkeiten vermieden worden, die besonders in den letzten Jahren hervorgetreten sind. Die Bestimmungen müssen noch weiter ausgebaut werden. Die Erweiterung der Machtbefugnisse der Bergämter ist geeignet, manche Beschwerden zu beseitigen, die jetzt gegen die Bergwerksbesitzer erhoben worden sind. Eine große Machtbefugnis der Behörde ist gerade im Bergwerksbetriebe notwendig. Der Bergarbeiterstand befindet sich heute nicht mehr auf der Höhe wie früher, er fühlt sich nicht mehr so geehrt und gehoben, glücklich und sicher wie früher. Wünschenswert wäre die Wiedereinführung der Lehrzeit für die Bergleute. Bestände eine solche Lehrzeit, so würden manche Unglücksfälle vermieden worden sein. Hoffentlich wird das Zustandekommen des Gesetzes Ruhe und Zufriedenheit in die Bevölkerung wieder hineinbringen. Die Ruhe ist jetzt vielfach gestört worden und zwar durch die Bergwerksbesitzer selbst. So wurden auf gewissen Werken Arbeiter wegen Arbeitsmangel entlassen, und dabei wurden die ausländischen Arbeiter behalten. (Widerpruch bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dabach (Ztr.) tritt den Ausführungen des Vorredners bei. Unbegreiflich ist es, wenn man der Vorlage gerade die Bestimmung zum Vorwurf macht, wonach die Bedingungen über das Arbeitsgebot in der Arbeitsordnung enthalten sein müssen. Das ist doch eine durchaus natürliche Forderung. Auch die Befugnis der Arbeiter, das Rufen der Wagen zu kontrollieren, kann durchaus keine Bedenken erregen. In England besteht die Sitte schon lange.

Abg. Petosha (Ztr.) erklärt sich mit der Vorlage einverstanden, wünscht aber die Ausdehnung der Aufsichtsbefugnisse der Bergbehörde auch auf die schlesischen Eisenerzbergwerke, in denen die Arbeiter nicht genügend vor Gefahr gegen Leben und Gesundheit geschützt sind.

Abg. Eberth (Dfr.): Es handelt sich hier um eine der schwierigsten Materien. Die kurze Zeit seit ihrer Einbringung hat nicht genügt, daß ich zu allen Punkten bereits hätte Stellung nehmen können. Im allgemeinen sind wir mit der Vorlage einverstanden, von der wir hoffen, daß sie zur Herstellung des sozialen Friedens beitragen wird. Für die Arbeiter ist aber gerade genug geschehen, für die Arbeitgeber nicht zu wenig. Wir sind bereit, in der Kommission an der Ausgestaltung der Vorlage mitzuarbeiten. Die englischen Bergarbeiterverhältnisse haben gezeigt, daß weniger Polizeimaßregeln, als friedliche Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeiter über das Arbeitsgebot, die Lohnverhältnisse günstig gewirkt haben. Das zeigt uns England. Diesen Gesichtspunkt werden wir auch in der Kommission behandeln müssen. Der Schutz der Arbeiter gerade in dem mühselvollsten Gewerbebetriebe muß gesetzlich geregelt werden. Wir werden alles thun, um die Vorlage förderlich zu Stande zu bringen. (Beifall links.)

Minister Freiherr v. Berlepsch dankt für die im allgemeinen freundliche Aufnahme der Vorlage, über deren einzelne Bestimmungen in der Kommission ja in genügender Weise diskutiert werden kann. Eine wesentliche Ursache für die Differenzen in der Striksbewegung des Jahres 1889 lag in dem Mangel von Arbeitsordnungen überhaupt oder von ungenügenden Arbeitsordnungen. Diesem Mangel mußte Abhilfe geschaffen werden, und das haben wir in der Vorlage getan. Eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Arbeitsordnung obligatorisch sein soll, besteht nicht. In die Arbeitsordnung gehören aber zweifellos auch die Bedingungen für die Arbeitsgebot. Ueber die sonstigen Einzelheiten bin ich gerne bereit, mich besseren Vorschlägen zu fügen. Die Erweiterung der Rechte der Arbeiter ist durchaus nicht erheblich. Sie ist getroffen worden im Anschluß an die Reichsgewerbeordnung. Der preussische Landtag sollte sich auf den Standpunkt stellen, die Bergarbeiter in gleicher Weise zu behandeln, wie alle gewerblichen Arbeiter, soweit nicht die Bergwerksverhältnisse in ihrer Besonderheit Abweichung erfordern. Die Erweiterung der Kompetenz der Bergbehörden entspricht auch nur der Kompetenzerweiterung der Behörden in der Gewerbenovelle. Ebenso sind wir mit der Bestimmung, daß das Oberbergamt die Arbeitszeit verkürzen kann, der Gewerbe-

novelle gefolgt. Nur hat in der Gewerbenovelle der Bundesrath die Befugnis. Ich bin bereit, wenn Sie es wünschen, diese Befugnis nur dem Minister oder dem Staatsministerium zu gewähren. Einer Maximalarbeitszeit für den Bergbau würde ich allerdings widersprechen. Aber man muß doch das Ventil wenigstens offen lassen, daß die Gewerbeordnung gewährt, in Fällen, wo Gefahren gegen Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter vorliegen, die Arbeitszeit zu verkürzen. Die Frage der Einführung der Lehrzeit ist, glaube ich, noch nicht ganz spruchreif. Wenn wir die Vorlage erst heute eingebracht haben, so lag das daran, weil wir vorher die Gestaltung der Reichsgewerbeordnung abwarten mußten.

Abg. Dr. Ritter (freik.) hält die Aufnahme der Arbeitsgebotbedingungen für praktisch undurchführbar. Bei manchen Parteien scheine die Meinung zu bestehen, daß die Arbeitgeber nicht genug gezwungen werden können. Eberth habe Unrecht gehabt, England als Muster hinzustellen. Wir müßten einmal aus der Nachahmungslust, aus der Engländer und Fremdländer herauskommen. Der Segen der Sozialpolitik Englands zeige sich in den Streiks der letzten Woche.

Abg. Graf v. Kanitz (kons.) Bei dem engen Zusammenhange zwischen Bergbau und Industrie muß die Arbeiterschutzgesetzgebung auf den Bergbau ausgedehnt werden. Daß der Bergarbeiterstand seit 30 Jahren heruntergekommen sei, muß ich bestritten. Die Löhne sind um 30–40 Proz. gestiegen. Die Verhältnisse der englischen Arbeiter sind nicht besser als die unsrigen, sie sind nicht mehr geschützt als die deutschen Arbeiter.

Minister Frhr. v. Berlepsch erklärt auf das vom Abg. Dr. Schulz ausgesprochene Bedauern, daß die Grubenbesitzer deshalb offiziell nicht zur Verleugung veranlaßt worden sind, weil man dann auch die Arbeiter hätte hören müssen, offizielle Arbeitervertretungen aber noch nicht existierten.

Abg. Schmieding (ntl.) tritt der Behauptung des Abg. Stöbel entgegen, daß einheimische Bergarbeiter eher entlassen worden seien als auswärtige.

Abg. Dike (Ztr.) bezeichnet die in der Vorlage enthaltenen Schutzbestimmungen für das Mindestmaß dessen, was für die Arbeiter erstrebt werden muß. In demselben Maße, wie von anderen der Versuch gemacht wird, die Vorlage abzuweichen, werden wir Versuche machen, die Bestimmungen zu erweitern. Die Arbeitsausschüsse müßten obligatorisch gemacht werden, und zwar müßten diese Ausschüsse wirklich die Vertrauensmänner der Arbeiter enthalten.

Abg. Eberth (Dfr.) verwahrt sich dagegen, daß seine Ausführungen als Engländer bezeichnet werden. In England habe man sich gewöhnt, die Arbeiter als gleichberechtigt anzuerkennen, und das habe zu einer Verringerung des Streiks geführt. Bei uns werde die gewerbliche Gesetzgebung von der Furcht vor der Sozialdemokratie beherrscht. Die Konzeptionen, welche man an die Arbeiter gemacht habe, seien viel zu spät gekommen.

Die Vorlage wird darauf an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr (Kleinere Vorlagen, Gesetz über die Entschädigung der Reichsunmittelbaren).

Schluß 3 Uhr.

Herrenhaus.

5. Sitzung vom 24. März, 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Verathung des Polizeikostengesetzes, dessen unveränderte Annahme die Kommission vorschlägt.

Zu demselben liegen Abänderungsanträge des Oberbürgermeisters Becker (Köln) vor, von denen der erste zu § 1 eine Herabsetzung der Kosten in Stadtgemeinden mit mehr als 75 000 Einwohnern von 1,50 Mk. auf 1,20 Mk., von 40 000 bis 75 000 Einwohnern von 1,10 Mk. auf 90 Pf. und in Städten mit 40 000 und weniger Einwohnern von 70 auf 60 Pf. vorschlägt. Außerdem beantragte derselbe im letzten Absätze des § 1, welcher lautet: „Ueber die Vererbung dieser Beiträge, insbesondere auch zur Vermehrung der Landgendarmerei behufs Ausdehnung der Thätigkeit derselben auf die zu Land freisen gehörigen Stadtgemeinden und behufs Verstärkung derselben in den Vororten der einen eigenen Stadtkreis bildenden Städte mit kommunaler Polizeiverwaltung wird durch den Staatshaushaltsrat alljährlich Bestimmungen getroffen“, die gepervert gedruckten Worte zu streichen. Außer einer wesentlich reaktionellen Uebersetzung zu § 6, beantragte derselbe Antragsteller die Einfügung eines neuen § 8a: „Inwieweit beim Uebergange des Nachwuchses auf den Staat zum 1. April 1893 städtische Nachwachstbeamte nicht mit übernommen werden, trägt der Staat die solchen Beamten nach den über ihre Anstellung getroffenen Bestimmungen etwa zustehenden Pensionen.“

Oberbürgermeister Selke (Königsberg i. Pr.) bezeichnet die Tendenz des Entwurfes als höchst bedenklich. Jede Stadtverwaltung empfinde es schon als eine capitis diminutio, wenn ihr ein wichtiger Zweig der Verwaltung genommen werde. Besonders schwer werden namentlich die größeren Städte getroffen, wenn man

ihnen auf der einen Seite wichtige Rechte nehme, auf der anderen Seite ihnen dafür noch Opfer auferlege. Die Beitragsstala sei eine gewissermaßen willkürliche und entbehre jeder sicheren Grundlage, die großen Städte würden doppelt belastet und die Bestimmung in § 1 über die Verwendung der Beiträge sei ein ziemlich unheilvoller Beschluß auf die Zukunft. Ein erheblicher Nachtheil des Gesetzes sei der, daß es vollständig egalisiere, es sei dies eine entschiedene Ungerechtigkeit, denn man dürfe die Städte des Ostens mit denen des Westens nicht von gleichen Gesichtspunkten aus betrachten. Der gegenwärtige Zeitpunkt sei zum Erlasse dieses Gesetzes besonders ungeeignet. Brauche der Staat, der aus der neuen Einkommensteuer erhöhte Summen ziehe, gegenwärtig die geringen Summen aus den Beiträgen der Städte? Redner schließt mit der Erklärung, daß er gezwungen sei, gegen das Gesetz zu stimmen.

Minister des Innern Herrfurth beruft sich auf seine Ausführungen im Abgeordnetenhause. Der nächste Etat werde die Verwendung der Beiträge nachweisen; werde aber der Antrag Becker angenommen, so würde allerdings zur Anstellung von Gendarmen nur wenig übrig bleiben. Das Gesetz sei gerecht und billig.

Graf v. d. Schulenburg-Buchendorf befürwortet die unveränderte Annahme des Gesetzes.

Oberbürgermeister Zweigert (Essen) erklärt als Vertreter einer Stadt ohne königl. Polizeiverwaltung, daß für ihn und seine politischen Freunde das Gesetz unannehmbar und auch unannehmbar sei, weil es auf grundfalschen Grundlagen beruhe.

Finanzminister Dr. Miquel erwidert, dem Gesetz werde es ebenso ergehen, wie dem Einkommensteuergesetze. Dasselbe werde anfangs noch unangenehm empfunden werden, wie die Deklaration, und doch werde das Gefühl der Gerechtigkeit durchschlagend sein, selbst in denjenigen Städten, um welche es sich in dem vorliegenden Falle handle.

Oberbürgermeister Schmieding (Dortmund) erklärt sich ebenfalls gegen die Vorlage, aus den von den Vorrednern entwickelten Gründen.

v. Wedell-Piesdorf befürwortet die Annahme der Vorlage.

Oberbürgermeister Becker rechtfertigt nochmals seine Anträge, indem er nachweist, daß das Gesetz die Städte zu Ungunsten des platten Landes doppelt belaste, denn einmal würde das Plus der neuen Einkommensteuer fast ausschließlich von den Städten aufgebracht, und dazu treten auch die ihnen durch dieses Gesetz aufzuerlegenden Lasten.

Finanzminister Miquel bestreitet, daß die Städte hauptsächlich die Mehrbelastung durch die Einkommensteuer zu tragen hätten.

Nachdem Oberbürgermeister Becker (Dreslau) sich ebenfalls gegen den Entwurf ausgesprochen, und die allgemeine Besprechung geschlossen, wird die Fortsetzung der Verathung auf Sonnabend 3 Uhr vertagt.

Schluß 4 1/4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 24. März.

Der Kaiser wird nach der „Nat.-Ztg.“ noch einige Tage in Hubertusstock verweilen. Wie der sog. Hofbericht meldet, wäre es nicht unwahrscheinlich, daß der Kaiser noch vor Ablauf dieser Woche von Hubertusstock nach Berlin zurückkehrt.

In einer offiziellen Notiz der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird jetzt die Vermuthung bestätigt, daß Caprivi bei dem Kaiser seine Entlassung auch als Reichskanzler beantragt hatte. Aus derselben Notiz der „Nordd. Allg. Ztg.“ entnehmen wir, daß der Reichskanzler die Vertretung Preußens im Bundesrath führen wird.

In Betreff des Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg sei noch erwähnt, daß er seit dem Oktober 1875 in kinderloser Ehe verheirathet ist. Seine Gattin ist die Tochter des Generals der Kavallerie v. Alvensleben, des langjährigen Kommandanten von Berlin; sie war in erster Ehe mit dem 1872 gestorbenen Grafen Otto v. Keyserlingk-Neustadt verheirathet. Die beiden jüngeren Brüder des Grafen Botho sind der Oberhof- und Hausmarschall des Kaisers, Graf August, und der langjährige Kommandeur des zweiten Garde-Infanterie-Regts., Oberst Graf Karl zu Eulenburg. Am 28. September 1883 vertrat Graf Eulenburg bei der Enthüllung des Germania-denkmals auf dem Niederwald die Provinz Hessen-Nassau vor dem Kaiser Wilhelm und den deutschen Fürsten. — Die Karriere des jetzigen Ministers Bosse bietet keinerlei bemerkenswerthe Momente; es ist die gewöhnliche Laufbahn begabter Beamten vom Referendar bis schließlich zum Minister.

Stadttheater.

Bosen, 24. März.

„Kean oder Talent und Genie.“ Schauspiel in 5 Aufzügen von A. Dumas.

Daß sich ein Heldenspieler, der über die entsprechenden stimmlichen und äußeren Mittel verfügt, Kean zu seinem Benefiz erwählt, scheint uns sehr begreiflich, und daß sich das berühmte oder wohl besser gesagt berühmte, lediglich auf die Titelfigur zugeschnittene Paradedstück bei einem bestimmten Theil des Publikums, besonders des weiblichen, immer noch einer gewissen Beliebtheit erfreut, wissen wir auch. Wir hätten uns auch den faustgewaltigen, von Edelmuth tiefenden Schauspielers und Don Juan an und für sich ganz gerne gefallen lassen, wenn wir ihn nur in seiner ursprünglichen Form und nicht gerade in der Schneiderschen Bearbeitung zu sehen bekommen hätten. Jene Zeit des Hyzantinismus und frömmelnder Morderei liegt denn doch zum Glück weit genug hinter uns, als daß wir noch verstehen könnten, warum eine Bühne, über die die naturalistischen Erzeugnisse der Gegenwart und die gepfefferten französischen Stücke der modernen Zeit gegangen sind, den Kean in einer Umarbeitung giebt, welche den Grafen Cöfeld vom Gatten seiner Frau zu deren Onkel (!) degradirt, bloß weil die hochgeborene Dame eine menschliche Schwäche für den gefährlichen „Komödianten“ fühlt und demselben gelegentlich ein Rendezvous gewährt. Der Herzog von Devonshire an Stelle des Prinzen von Wales ist natürlich nicht minder traurig und unpassend, aber doch noch eher zu verschmerzen als jener erste Tausch, der selbstverständlich den ganzen psychologischen Zusammenhang auf's Empfindlichste schädigt. Dazu kam noch, daß

das Stück im modernen Kostüm gegeben wurde, vielleicht mit Rücksicht darauf, daß ein Theil desselben sich im Zuschauer-raum abspielt. Sicher aber hätten die damals üblichen Eskapaden noch lange nicht so störend gewirkt, als die Uebergang der Thatfache, daß Edmund Kean nun einmal eine historische Figur aus vergangener Zeit ist, und daß eine Menge Gebräuche und Anspielungen aus jener Zeit von Schauspielern im modernen Frack vorgebracht, jeden Sinn verlieren müssen. Besonders unnatürlich machte sich auch die erste Szene. Die intimen Gespräche über Kean gerade unter vier Personen, von denen zwei das Geheimniß der ebenfalls anwesenden Gräfin Cöfeld ahnen, während der dritte Zuhörer der Gatte (ja so Onkel!) ist, dem gewisse handgreifliche Anspielungen doch auffallen müßten, könnten sich so in Wirklichkeit nicht entwickeln, wohl aber, wie die Originalbearbeitung vorschreibt, in einer zahlreichen Abendgesellschaft, in der der Antheil, welchen einzelne an den besprochenen Ereignissen nehmen, natürlich nicht so fatal auffällt. Gut gemeint und vorbereitet war die Vorstellung jedenfalls, aber eben so sicher auch so, wie sie herauskam, verfehlt, wobei natürlich die Hauptschuld nicht den Regisseur, sondern vor Allem die zu Grunde liegende deutsche Bearbeitung und zum Theil auch die ungenügende Besetzung verschiedener kleiner Rollen, sowie manche unglückliche Streichungen trifft. — Wer den Kean schon auf größeren Bühnen sah, ist meist etwas verwöhnt mit der Hauptfigur, denn das Stück wird gewöhnlich nur als Paradedruck für gewisse auf Gastspiel reisende „Wirtuosen“ gegeben, die den Helden mit allen Chitancs und kleinen Nebeneffekten, die sie sich in unzähligen Aufführungen zusammengebracht, über die Bretter führen. Herrn Rossinsky lagen nicht alle Partien seiner Rolle gleich gut, besonders der ungezwungene Konversations-

ton und der heitere Leichtsinns Kean kamen weniger glücklich zum Ausdruck, als die ernsteren Szenen, im Ganzen aber bot er eine sehr achtungswerthe Leistung, die den reichlichen Beifall, der ihr zu Theil ward, gewiß verdiente. Fräulein Wohl gab die Miß Danby mit Wärme und Empfindung, doch würde etwas mehr Leidenschaft und Kraft den Charakter des jungen muthigen Mädchens noch schärfer haben hervortreten lassen. Auch Herr Tector als Souffleur und getreuer Beistand des großen Schauspielers war recht gut, nur spielte er nach unserm Gefühl in den dramatisch ernsten Szenen den Mann gar zu sehr auf den komischen Alten hinaus. So z. B. würde man einen so verwirrten unbeholfenen Alten im Ernstfall nach einer solchen Theaterszene kaum an die Rampen schicken. Diese Figur, so gut sie übrigens gegeben war, mag immerhin zu der unangebrachten Heiterkeit des Publikums am Schluß der angeblichen Wahnsinnszene beigetragen haben. Onkel Graf Cöfeld-Orlop mußte natürlich unter dieser aufgedrungenen Blutsverwandtschaft leiden und der ritterliche lebenswürdige Weltmann, welcher der Gatte der Gräfin ist, bekam durch diese lächerliche Farce einen halb steifen, halb unfreiwillig-humoristischen Beigeschmack. Nicht gelungen kam der Herzog des Herrn Mathias heraus, ebenso die Gräfin des Fräulein Esillag. Sonst sind noch in der Hauptsache anerkennend hervorzuheben der Bittol des Fräulein Steffen und der Lord Melville Herrn Mischkes. Die kleineren Rollen waren, wie schon erwähnt, nur zum Theil genügend besetzt. Der Besuch war nicht eben stark und auch so noch, sowie der lebhafte Beifall mehr auf Rechnung des beliebten Benefizianten (der auch durch Kranzspenden ausgezeichnet wurde) als auf die Zugkraft der Gesamtdarstellung zu setzen. B-r.

— Fürst Bismarck erklärt in einem von ihm inspirierten Artikel der „Hamb. Nachr.“, daß er 1873 an Stelle des Grafen Roon die Stelle des Ministerpräsidenten in Preußen wiederum übernommen habe, nicht auf die Initiative des Grafen Roon oder auf seine eigene Initiative, sondern auf die Initiative der übrigen Minister, namentlich unter dem Einfluß Camphausen's. Die Minister fanden die Trennung zwischen Reichskanzler und Ministerpräsidenten mit ihren Geschäften unverträglich und trafen mit ihren Wünschen nach Wiederherstellung des alten Zustandes beim Grafen Roon allerdings auf lebhaftes Entgegenkommen.

— Staatsminister v. Goltz dementirt die Nachricht, daß er dem Kaiser eine Denkschrift gegen den Volksschulgesetzentwurf eingereicht habe. In der That bedurfte es einer solchen Denkschrift.

— Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung dem Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen über die Verbesserung der Kanäle sowie die Erhebung von Schiffahrtsabgaben auf denselben und dem Entwurf einer Verordnung betreffend das Inkrafttreten der auf die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe bezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnungsnovelle vom 1. Juni 1891 seine Zustimmung erteilt.

— Aus Fulda erfährt der „Hamb. Korr.“, nach Informationen aus sonst stets gut unterrichteter Quelle soll der preussische Episkopat beabsichtigen, aus Anlaß der gegenwärtigen Lage der Volksschulgesetzfrage in Fulda oder Köln eine außerordentliche Konferenz abzuhalten.

— In der gestrigen Sitzung der Berliner Medizinischen Gesellschaft wurde nach erregter Debatte ein Antrag Langenhan's, die Erweiterung der Disziplinarrbefugnisse der Ärztefamern abzulehnen, mit großer Mehrheit angenommen.

Böckum, 24. März. Die Voruntersuchung in Angelegenheit des Prozesses Fußangel contra Baare wird, wie aus Essen nach hier berichtet wird, mit größtem Eifer betrieben, nachdem wiederholt an höchster Stelle der Wunsch nach Beschleunigung des Verfahrens kundgegeben ist. Die Untersuchung wird dadurch verzögert, daß Herr Fußangel immer neue Beweismomente und neue Zeugen vorbringt. Propst Kösters in Böckum, der bisher dem Vorstande der „Märkischen Vereinsdruckerei“ angehörte, welche die „Westf. Volksztg.“, das Organ Fußangel's im Verlage hat, ist aus demselben ausgetreten, weil seinem wiederholt geäußerten Wunsche, man möge die Angelegenheit bis nach gerichtlicher Entscheidung ruhen lassen, nicht Folge geleistet worden ist.

München, 23. März. Der Petitionsausschuß der Kammer der Abgeordneten lehnte gegen die Stimme des Abgeordneten Kuby eine Petition von 23 Städten der Pfalz ab, ein altes Volkschuljahr obligatorisch einzuführen, unter Wegfall der Sonntagschule und Christenlehre. Der Kultusminister hob hervor, ein dreizehnjähriges Kind wäre in der Landwirtschaft schon recht brauchbar, Bayern treibe aber vorwiegend Landwirtschaft. Stadtkinder könnten fakultativ im siebenten Schuljahre reetiren. Den Städten das Privilegium eines obligatorischen achten Schuljahres einzuräumen, bleibe unangängig. Die Volksschule dürfe den Gemeinden allein nicht in die Hände gelegt werden; Christenlehre ohne Sonntagschule sei undenkbar.

München, 24. März. (Landtag.) Am Schlusse der heutigen Beratung des Positivitäts erklärte Ministerpräsident von Crailsheim, daß der Bau der Telephonlinien Nürnberg-Bayreuth-Hof und Kulmbach-Bayreuth demnächst in Angriff genommen werden solle. — Die Session des Landtags ist bis zum 14. Mai verlängert worden.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 24. März. In der heutigen Sitzung der Ausgleichskommission gab der Statthalter, Graf v. Thun, zuerst in deutscher, alsdann in böhmischer Sprache folgende Erklärung ab: „Vor Allem nimmt die Regierung von den Erklärungen der Abgeordneten des Großgrundbesitzes Akt. Die Regierung, für welche die Ausgleichsvereinbarungen gleichwie für alle anderen, auf den Wiener Konferenzen vertreten gewesen Theile bindend sind, ist der festen Ueberzeugung, daß die Ausführung der Ausgleichsvorlagen für die Anbahnung des nationalen Friedens im Lande die erste Voraussetzung bildet. Wird dieses Ziel nicht bald erreicht, so muß nothwendigerweise die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung Böhmens darunter leiden. Die Regierung kann daher nichts anders als den Wunsch ausdrücken, daß der Ausgleich, sobald als nur immer möglich, in allen Theilen perfekt werde und daß daher alle dem Landtage vorgelegten Ausgleichsvorlagen der meritotischen Beratung unterzogen werden.“

Frankreich.

* **Paris, 24. März.** Der Minister des Auswärtigen Ribot hat der hiesigen Botschaft das Ergebnis der Untersuchung in Sachen der Brüder Durdie, welche auf der Rennbahn von Autentil unter dem Verdachte des Diebstahls verhaftet worden waren und deren Verhaftung im englischen Unterhause zur Sprache gekommen ist, mitgetheilt. In dem Bericht wird festgestellt, daß die französische Polizei sich keinerlei Mißgriff habe zu Schulden kommen lassen. Die Brüder Durdie hätten daher weder auf eine Entschädigung noch auf eine Entschuldigung seitens der Polizei Anspruch. — Die Nachforschungen nach dem Aufenthalte des Urheber's der Explosion am Boulevard St. Germain, Ravachol, werden eifrig fortgesetzt. Die Verhaftung desselben scheint bevorstehend, da wie es heißt, Ravachol krank und aller Hilfsmittel entblößt sein soll. Uebrigens war derselbe bereits im Jahre 1891 von der Polizei wegen eines von ihm im Loire-Departement begangenen Raubmordes gesucht worden. — Gestern ist hier selbst ein Individuum verhaftet worden, das sich als Diener in einem aristokratischen Klub verdingen hat, um, wie ihm Schul gegeben wird, die den Mitgliedern des Klubs vorgelegten Speisen und Getränke vergiften zu können.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 24. März. Nach dem dem Abgeordnetenhaus zugegangenen Gesetzentwurf sollen die 13 ehemals reichsunmittelbaren fürstlichen Häuser, nämlich: Fürst zu Bentheim-Steinfurt, Fürst zu Salm-Salm, Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein, Fürst zu Solms-Braunfels, Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich, Fürst zu Wied, Graf zu Stolberg-Stolberg, Graf zu Stolberg-Rosla, Fürst zu Jsenburg-Birstein, Fürst zu Jsenburg-Büdingen in Wädtersbach, Graf zu Jsenburg-Büdingen in Meerholz, Graf zu Solms-Noedelbain und Fürst zu Stolberg-Wernigerode mit dem 1. April d. J. einkommensteuerpflichtig sein und für den Verlust der Befreiung (wie schon telegraphisch gemeldet) den 13^{ten} faden Betrag der Einkommensteuer für 1892/93 (abzüglich Gehalt u. i. w.) als Entschädigung erhalten. Die „Herren“ hatten bekanntlich nur das 20 fache verlangt.

L. C. Berlin, 24. März. Der Gesetzentwurf betr. den Belagerungszustand in Elsaß-Lothringen wird mit der Beschränkung, daß die Uebernahme der vollziehenden Gewalt durch den obersten Militärbefehlshaber zum Zwecke der Vertretung nur im Fall eines Krieges oder im Fall eines unmittelbar

bedrohenden Angriff's (also nicht in Friedenszeiten bei Aufruhr) erfolgen kann, noch in dieser Session zur Erledigung kommen.

L. C. Berlin, 24. März. Die Budgetkommission des Reichstags bewilligte einstimmig weitere 2 Millionen für die Weltausstellung in Chicago.

Telegraphische Nachrichten.

Breslau, 24. März. Die „Schlef. Ztg.“ meldet aus Beuthen in Oberschlesien: Auf der Strecke von Schwientochlowitz nach Deutschlandsgrube ist vergangene Nacht ein Zug entgleist; 6 Wagen sind zertrümmert, Personen sind nicht verunglückt.

Stockholm, 23. März. Die zweite Kammer lehnte in der Abend Sitzung mit 116 gegen 100 Stimmen den Paragrafen der Regierungsvorlage, durch welchen die Mitgliederzahl der zweiten Kammer auf 225 festgesetzt wird, ab.

Petersburg, 24. März. Der Kaiser und die Kaiserin sind mit der kaiserlichen Familie heute nach Gatschina übergefiedelt.

Rom, 24. März. In dem Prozeß gegen Cipriani und Genossen wegen Theilnahme an den Unruhen vom 1. Mai v. J. wurde heute das Urtheil gesprochen. Der Gerichtshof trat dem Antrage des Staatsanwalts nicht bei, die Angeklagten als Mitglieder einer Gesellschaft zur Begehung von Verbrechen anzusehen und verurtheilte Cipriani und Balla zu 2 Jahren 8 Monaten Gefängniß und 1500 Frcs. Geldstrafe, den deutschen Studenten Körner zu 12 Monaten Einziehung und 500 Frcs. Geldstrafe; 49 andere Angeklagte erhielten Strafen von 27 Monaten Gefängniß, 1500 Frcs. Geldbuße und zweijähriger Polizeiaufsicht bis zu 25 Tagen Arrest. 10 Angeklagte wurden freigesprochen.

Brüssel, 24. März. Die heute Vormittag hier abgehaltene Versammlung der Rechten nahm einen sehr bewegten Verlauf, da die Ansichten der Regierung und der Mitglieder der Rechten in Betreff des königlichen Referendums andauernd sehr weit auseinander gehen. Die Regierung stellte im Laufe der Sitzung die Forderung, daß die Mitglieder der Rechten in Betreff der Frage des königlichen Referendums vor ihren Wählern keinerlei Verpflichtungen eingehen sollten, und nahm an den weiteren Beratungen nicht Theil.

Brüssel, 25. März. Der Zustand des erkrankten Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Fürsten von Chimay, hat sich verschlimmert und giebt nur geringe Hoffnung auf Erhaltung des Lebens desselben. — In einer Versammlung der Rechten machte der Finanzminister Mittheilung von einem Gesetzentwurfe, welcher eine erhebliche Steigerung der Zölle auf verschiedene Erzeugnisse der Industrie, namentlich auf fertige Kleidungsstücke herbeiführt. Betreffs des königlichen Referendums hat die Versammlung keinen Beschluß gefaßt.

Washington, 23. März. Der letzte Schriftwechsel zwischen Lord Salisbury und dem Präsidenten Harrison in der Behring'smeer-Angelegenheit wurde heute dem Senate unterbreitet. In der Note Lord Salisbury's wird die Weigerung der englischen Regierung, den bisherigen modus vivendi zu erneuern, aufrechtzupalsten und eine Reihe von Gegenvorschlägen gemacht. Die Erwiderung des Präsidenten Harrison ist in lebhaftem Tone gehalten; der Präsident erklärt darin, wenn die großbritannische Regierung darauf bestehe, den Maßregeln zum Schutze des Robbenfanges ihre Mitwirkung bis nach der Austragung der Frage durch ein Schiedsgericht zu verweigern, so werde er sich genöthigt sehen, die bestehenden Gesetze zur Anwendung zu bringen und den Robbenfang im Behring'smeer nöthigenfalls gewaltsam zu verhindern. Der Senat beschloß nach kurzer geheimer Beratung die Noten dem Ausschusse für auswärtige Angelegenheiten zu überweisen.

London, 25. März. Das Unterhaus nahm ohne Abstimmung in zweiter Lesung die Bill zur Errichtung von kleinem Bauerngrundbesitz an.

Belgrad, 25. März. Die Skupschtina nahm gestern in zweiter Lesung den Gesetzentwurf, betreffend die Erklärung Milans an.

Angekommene Fremde.

Böfen, 25. März.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Assistent-Arzt Dr. Seemann a. Stallupönen, Bankier Wolff u. Familie a. Berlin, Fabrikant Mandt a. Nordhausen, Ingenieur Köppen a. Neumünster, Privater Dammann a. Graudenz, die Kaufl. Radinger a. Koblenz, Bachmann a. Berlin, Wiestler a. Chemnitz, Edert a. München, Schürmann a. Dresden, Staub a. Berlin, Garm's a. Bielefeld, Schreiber a. Kösfeld, Schreier a. Fürth, Frau Prof. Hirschberg a. Berlin.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufl. Beder a. Berlin, Krämer a. Frankfurt a. M., Wille, Heischmann, Baran und Preis a. Berlin, Münz und Schubert a. Leipzig, Rosenbaum a. Mannheim, Sachs a. Schwelbnitz, Bürger a. Nürnberg, Sebstid a. Brederfeld, Cohn a. Krottschitz, Wietowski u. Frau a. Königsberg, Mohr a. Köln, Reg.-Baumeister Leichmann a. Glogau, Rittergutsbesitzer v. Jaraczewski a. Wroniaw.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Stern u. Cohn a. Berlin, Fränkel a. Bromberg u. Richter a. Breslau, Amtmann Prager a. Vissa i. P., Inspektor Preuß a. Nowoslaw, Rittergutsbesitzer Grzybowski a. Warschau, Lehrer Baumann a. Mezeritz, Privatier Fräulein v. d. Hagen a. Danzig u. Postbeamter Dremke a. Berlin.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Die Kaufleute Belling a. Berlin, Brodzial a. Jarotschin, Lucinski a. Wien, Pasche a. Breslau, Jfflander a. Kempen u. Nadeck aus München, die Fabrikanten Bartsch a. Breslau u. Gumpert aus Mogilno, Kaufmann Rosenthal a. Czarnikau, Bauunternehmer Heimisch a. Kobylin, Friseur Stowronski a. Kempen u. Dolmetzher Gajewicz a. Schrimm.

Hotel Bellevue. H. Goldbach. Die Kaufleute Schmal a. Aachen, Wahlburg a. Leipzig, Rehbein u. Taterka a. Breslau, Schulz a. Berlin, Auerbach a. Karlsruhe, Selleneit a. Aachen und Dahr a. Hannover, Hauptmann a. D. Ohm a. Köln u. Ingenieur Edardt a. Berlin.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Die Kaufl. Schumann a. Köln, Korfch a. Berlin, Tröltsch a. Frankfurt a. M., Ingenieur Rossbeck a. Berlin, Fabrikant Hufnagel a. Stettin.

Handel und Verkehr.

** **Samburg, 24. März.** Nach einem Petersburger Privattelegramm der „Samburgischen Börsenhalle“ ist vom Petersburger Börsenkomitee die nachgelagte Administration für die Firma J. C. Ginzburg einstimmig bewilligt worden.

Polytechnische Gesellschaft.

Wir erlauben uns unsere geehrten Gäste und Mitglieder ergebenst darauf aufmerksam zu machen, dass die heutige Festvorstellung im Stadttheater

präzise 6 Uhr

beginnt, und pünktliches Erscheinen zur Vermeidung von Störungen dringend geboten erscheint.

Posen, den 25. März 1892.

4328

Der Vorstand.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im März 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. rebus. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cel. Grad.
24. Nachm. 2	759.4	WS frisch	bedeckt	+ 3,7
24. Abends 9	758.3	WS frisch	bedeckt	+ 2,9
25. Morgs. 7	758.0	W stark	bedeckt	+ 4,0

¹⁾ Abends schwacher Regen.

Am 24. März Wärme-Maximum + 5,0° Cel.

Am 24. = Wärme-Minimum — 0,4° =

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 24. März Morgens 2,58 Meter.

= 24. = Mittags 2,60 =

= 25. = Morgens 2,68 =

Produkten- und Börsenberichte.

Fonds-Kurie.

Breslau, 24. März. Fest.
Neue Sproz. Reichsanleihe 85,00, 3¹/₂ Proz. L.-Anleihe 96,65, Konfol. Türken 19,80, Türkl. Loose 76,75, 4 Proz. ung. Goldrente 92,25, Bresl. Diskontobank 92,00, Breslauer Wechselbank 94,30, Kreditaktien —, Schlef. Bankverein 108,85, Donnermarckhütte 77,00, Flöther Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 121,00, Oberschlef. Eisenbahn 51,25, Oberschlef. Portland-Zement 91,75, Schlef. Cement 126,00, Oppeln. Zement 99,00, Schlef. Dampf. C. —, Kramka 117,50, Schlef. Zinkaktien 188,75, Laurahütte 101,00, Verein. Delfabr. 88,00, Desterreich. Banknoten 172,25, Russ. Banknoten 205,35, Giesl Cement 98,50.

Frankfurt a. M., 24. März. (Schlußkurse). Fest, still.
Lond. Wechsel 20,42, 4 Proz. Reichsanleihe 106,75, österr. Silberrente 80,20, 4¹/₂ Proz. Papierrente 80,70, do. 4 Proz. Goldrente 94,90, 1860er Loose 123,80, 4 Proz. ung. Goldrente 92,40, Italiener 88,00, 1880er Loose 92,10, 3. Orientanl. 64,80, unifiz. Egypter 96,90, konv. Türken 19,75, 4 Proz. türk. Anl. 83,50, 3 Proz. port. Anl. 25,60, 5 Proz. serb. Rente 78,00, 5 Proz. amort. Rumänier 96,70, 6 Proz. konfol. Mexik. 80,90, Böhm. Weisb. 301¹/₂, Böhm. Nordbahn 156,00, Franzosen 246¹/₂, Galizier 180¹/₂, Gotthardbahn 134,40, Lombarden 74¹/₂, Lübeck-Büchen 141,70, Nordwestbahn 180¹/₂, Kreditaktien 265¹/₂, Darmstädter 124,60, Mittelh. Kredit 94,80, Reichsb. 148,80, Disk. Kommandit 179,20, Dresdner Bank 130,80, Pariser Wechsel 81,10, Wiener Wechsel 171,82, serbische Tabakrente 78,00, Bochum. Gußstahl 110,00, Dortmund. Union 53,20, Harpener Bergwerk 136,40, Sibirien 121,80, 4 Proz. Spanier 59,20, Ratnzer 108,60.

Privatdiskont 1¹/₂ Proz.
*) per comptant.
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 265¹/₂, Disk. Kommandit 179,00, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden —, Staatsbahn —, Nordb. Lloyd —, Türken —.

Wien, 24. März. (Schluß-Kurze). Bei fester Stimmung nur vorübergehend lebhafter, Schluß still.
Dester 4¹/₂ Proz. Papier 94,27¹/₂, do. 5 Proz. 102,90, do. Silber 93,60, do. Goldrente 110,80, 4 Proz. ung. Goldrente 107,55, 5 Proz. do. Papier 102,00, Länderbank 203,30, österr. Kreditakt. 309,75, ung. Kreditaktien 342,50, Wien. W.-B. 112,50, Elisabethbahn 230,00, Galizier 210,75, Lemberg-Gzernowitz 245,00, Lombarden 84,25, Nordwestbahn 210,00, Tabakaktien 164,75, Napoleons 9,43, Marknoten 58,12¹/₂, Russ. Banknoten 1,19, Silbercoupons 100,00, Bulgarische Anleihe 101,00.

Buenos-Ayres, 23. März. Goldagio 253.
Rio de Janeiro, 23. März. Wechsel auf London 11¹/₂.

Produkten-Kurie.

Köln, 24. März. (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 23,00, do. fremder loco 23,50, per März 20,35, per Mai 20,25. Roggen hiesiger loco 23,00, fremder loco 24,75, per März 21,25, per Mai 21,25. Hafer hiesiger loco 15,00, fremder —, Rübsöl loco 57,00, per Mai 54,50, per Oktober 54,50. — Wetter: Kühl.

Bremen, 24. März. (Kurse des Effekten- u. Waffler-Vereins, 5 Proz. Nordb. Waffler-Verein — und Kammergarn-Spinnerel-Aktien — Br., 5 Proz. Nordb. Lloyd-Aktien 92¹/₂, bez.)

Bremen, 24. März. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleum-Börse.) Faßzollfrei. Niedriger. Loco 6,10 Br.

Baumwolle. Fester. Upland middl. loco 35¹/₂ Pf., Upland Basis middl. nicht unter low middl., auf Terminlieferung, März 35 Pf., April 35 Pf., Mai 35¹/₂ Pf., Juni 36 Pf., Juli 36¹/₂ Pf., August 37 Pf.

Schmalz. Ruhig. Wilcox 35 Pf., Armour 34¹/₂ Pf., Robe — Pf., Fatrbanks 30¹/₂ Pf.

Speck short clear middl. Sehr ruhig. 33 Br.

Samburg, 24. März. Getreidemarkt. Weizen loco fest, holst. loco neuer 206—212. — Roggen loco fest, medlenb. loco neuer 212—216, russ. loco fest, neuer 185—188 nom. Hafer fest. Gerste ruhig. Rübsöl (unverz.) ruhig, loco 55,00. — Spiritus fest, per März-April 32¹/₂ Br., p. April-Mai 32¹/₂ Br., per August-Septbr. 33¹/₂ Br., per Sept.-Okt. 33¹/₂ Br. — Kaffee ruhig. Umiaz —, Sad. — Petroleum ruhig. Standard white loco 6,00 Br., p. Aug.-Sept. 6,10 Br. — Wetter: Bewölkt.

Samburg, 24. März. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good abecage Santos per März 67, per Mai 67¹/₂, p. Juli —, per Septbr. 65, p. Dez. 63. Behauptet.

Samburg, 24. März. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Viance, frei an Bord Samburg p. März 13,50, p. Mai 13,75, p. August 14,15, p. Oktober 12,80. Flau.

Leit, 24. März. Produktenmarkt. Weizen loco schwach, per Frühjahr 9,69 Gd., 9,71 Br., per Mai-Juni 9,52 Gd., 9,54 Br., p. Herbst 8,70 Gd., 8,72 Br. Hafer p. Frühjahr 5,83 Gd., 5,85 Br. Neu-Mais p. Mai-Juni 5,27 Gd., 5,29 Br. Rohraps 12,60 Gd., 12,70 Br. — Wetter: Schön.

Paris, 24. März. Heute kein Zuckermarkt.

Savre, 24. März. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Zielger u. Co.) Kaffee in Newhork schloß mit 15 Points Basis.

Rio 14 000 Sad, Santos 12 000 Sad, Recettes für gestern.

Savre, 24. März. (Telegr. der Hamb. Firma Belmann, Zielger u. Co.) Kaffee, good average Santos, p. März 89,50, p. Mai 87,50, p. Sept. 83,50. Behauptet.

Amsterdam, 24. März. Getreidemarkt. Weizen p. März —, p. Mai 224. Roggen p. März —, p. Mai 216.

